

ITA

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

5.Jg. - Februar 1981
Deutsche Ausgabe Nr. 28
Preis: DM 4,50
Jahresabonnement: DM 45,00

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

EINE INTERNATIONALE ANTWORT AUF DIE BEDROHUNG DURCH DIE MILITÄRJUNTA

BRÜSSEL (ITA) - Ein am 14. Februar 1981 von der Union für Demokratie in der Türkei veranstalteter Solidaritätsabend in Brüssel wurde unter Teilnahme von Mitgliedern der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und der Konföderation fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) zu einem Tribunal gegen die Militärjunta, die die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei bedroht.

Ehrengast des Abends war die TIP-Vorsitzende Behice Boran, die auch zu der Versammlung sprach. Nach vielen Beispielen der Tyrannei und Repression in der Türkei fuhr sie fort:

"Die Situation in der Türkei sieht auf den ersten Blick sehr traurig aus. Aber, das Volk ist unbesiegbar! Die Arbeiterklasse ist unbesiegbar! Die Kämpfer für den wissenschaftlichen Sozialismus, die ihr ganzes Leben der nationalen und sozialen Befreiung der Arbeiterklasse und aller Volksmassen widmen, sind unbesiegbar! Auch jetzt wird der Kampf gegen Imperialismus, Faschismus, Chauvinismus und die Monopole fortgeführt; auch angesichts großer Gefahren und Schwierigkeiten werden die Hürden genommen. Die Solidarität unserer Freunde in Belgien und in anderen Ländern ist dabei sehr wertvoll für uns. Diese Solidarität verstärkt unsere Kraft."



Yücel Top, der Leiter der Rechtsabteilung der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK), sprach ebenfalls zu der Versammlung, die aus Anlaß des 20. Jahrestags der Gründung der TIP und des 14. Jahrestags der Gründung der DISK stattfand. Beide Organisationen sind von der Militärjunta geschlossen worden.

Der Vorsitzende des Nationalen Aktionskomitees für Frieden und Entspannung Pierre Galand bekräftigte die Solidarität der demokratischen Kräfte in Belgien mit dem demokratischen Kampf der Völker in der Türkei.

Nezih Yalcin, ein Vertreter der Organisation der Kurdischen Arbeiter und Studenten in Belgien (TEKOSER), erläuterte den Kampf des kurdischen Volkes und betonte die Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes der beiden Völker in der Türkei.

Neben vielen anderen Persönlichkeiten und Repräsentanten demokratischer Organisationen der Türkei und Belgiens nahmen folgende Personen an der Versammlung teil: der Generalsekretär der TIP Nihat Sargin, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes Jan Kulakowski, die Sekretärin der Kommunistischen Partei Belgiens Susa Nudelhole, der sozialistische Abgeordnete und belgische Vertreter bei Europarat Claude Dejardin, der Senator der Kommunistischen Partei Belgiens Theo Dejace, der Sekretär des Belgischen Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte in der Türkei George Dutry, die Vertreterin für die Bewegung gegen Rassismus, Fremdenhaß und Anti-Semitismus Frau Jospa, und viele andere mehr.

Grußadressen kamen unter anderem vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Belgiens Louis Van Geyt und dem Sekretariat des Weltgewerkschaftsbundes.

Türkische, kurdische und italienische Folklore-Gruppen boten auf dieser Veranstaltung Widerstandslieder und Volkstänze dar.

Der Hauptdarsteller in dem berühmten türkischen Film "Die Herde" Melike Demirag und der Komponist Sanar Yurdatapan, die ähnlich wie Behice Boran von der Junta mit Ausbürgerung bedroht werden, beschlossen den Abend mit einer Anklage an die Junta.

Boran zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt

Die 71-jährige Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei Behice Boran wurde am 16. Februar 1981 von einem Militärgerichtshof in Ankara zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis und zu zwei Jahren und elf Monaten Hausarrest verurteilt. Sie war angeklagt, während des Wahlkampfes von 1979 im Fernsehen Propaganda für den Kommunismus betrieben zu haben.

Das Militärgericht hat ihr auch die Bürgerrechte auf Lebenszeit abgesprochen. Die Verhandlung fand in ihrer Abwesenheit statt, und das Gericht hat einen Haftbefehl gegen sie erlassen.

Die TIP-Vorsitzende, die sich zu diesem Zeitpunkt in Belgien aufhielt, war bereits zuvor von der Militärjunta aufgefordert worden, in die Türkei zurückzukehren und sich den Militärs auszuliefern. Man hatte ihr die Ausbürgerung angedroht, wenn sie dieser Aufforderung nicht bis zum 25. Februar nachkomme.

Der belgische KP-Vorsitzende Louis Van Geyt, der am 26. Januar mit Frau Boran zusammengetroffen war, hat beim belgischen Außenminister angefragt, welche Maßnahmen die belgische Regierung zum Schutz von Frau Boran plane. Die Antwort von Herrn Nothomb lautete:

"Obwohl diese Angelegenheit das Justizreferat betrifft, ist mein Ministerium ebenfalls davon informiert. Solange sie sich mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung in Belgien befindet, wird Frau Boran den gleichen Schutz wie belgische Bürger haben. Sollte sie der Anordnung der türkischen Militärs, in die Türkei zurückzukehren, nicht Folge leisten, wobei sie dann den Verlust der türkischen Staatsbürgerschaft riskiert, so kann sie Asyl in Belgien beantragen."

Die türkische Militärjunta hat bereits über 200 fortschrittliche Türken aufgefordert, innerhalb eines Monats in die Türkei zurückzukehren; in allen Fällen ist diese Aufforderung mit der gleichen Drohung verbunden: Verlust der türkischen Staatsangehörigkeit.

ZWEI INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSORGANISATIONEN PROTESTIEREN
GEGEN DEN TERROR DER TÜRKISCHEN MILITÄRJUNTA

BRUSSEL (ITA) - Die Protestkampagne internationaler Gewerkschaftskreise gegen die Verhaftung von Funktionären der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) wird auf allen Ebenen fortgesetzt.

Sowohl der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) wie auch der Weltgewerkschaftsbund (WGB) haben beschlossen, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um die tatsächliche Situation zu erkunden und Gespräche mit den verhafteten DISK-Funktionären zu führen. Die Militärjunta bemerkte dazu, daß die Kommissionen in die Türkei kommen könnten, daß sie jedoch die Gefangenen nicht sprechen dürften.

Zu dieser Haltung der türkischen Regierung erklärte der Generalsekretär des EGB Matthias Hinterscheidt auf einer Pressekonferenz am 5. Februar 1981 in Brüssel:

"Im Juni 1980 begrüßte der Vorstand des EGB die Annäherung der Türkei an Westeuropa und war folglich stark daran interessiert, daß die großen Gewerkschaftsorganisationen dieses Landes dem EGB sobald wie möglich beitraten. Anfang September 1980 hat der EGB vorgeschlagen, eine Delegation hoher Funktionäre in die Türkei zu entsenden, die mit DISK und TÜRK-IS (beide türkischen Gewerkschaftsorganisationen hatten einen Anschluß an den EGB beantragt) über mögliche wirksame Maßnahmen sprechen sollten, wie die Demokratie und fundamentalen Menschenrechte in jenem Land gestärkt werden könnten und welche Maßnahmen zum Kampf gegen die Verschlechterung der politischen und sozialen Lage getroffen werden könnten.

Mitte September hatte der EGB den Staatsstreich und die damit verbundene Abschaffung fundamentaler Freiheiten und Grundrechte der Arbeiter der Türkei mit Entschiedenheit verurteilt. Er beantragte, daß der Europarat und der EG-Minister rat alle wirksamen Maßnahmen ergreife, um die türkischen Militärs zu einer Wiederherstellung von Demokratie und Freiheit zu bewegen. Dies war bisher erfolglos und der EGB hat seither immer mehr Informationen über unrechtmäßige Verhaftungen, unmenschliche Behandlung und Folter erhalten.

Der EGB hat nun seine Entscheidung, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, erneuert, um weitere Informationen über die Lage zu erhalten und um den Machthabenden in der Türkei die Position und Einstellung des EGB zu verdeutlichen; der EGB wollte den Militärs klar machen, daß die europäischen Gewerkschaften eine wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenarbeit mit einem diktatorischen und autoritären Regime nicht akzeptieren können.

Die türkische Regierung hielt es nicht für notwendig, den Erhalt dieses Briefes vom EGB, in dem der Zweck und Auftrag der Gewerkschaftsdelegation erläutert war, zu bestätigen, geschweige denn eine offizielle schriftliche Antwort zu geben. Erst nach dringenden Anmahnungen erhielt der EGB eine telefonische Antwort, in der unter anderem erklärt wurde, daß die Delegation nach türkischem Recht nicht befugt sei, die Mitglieder der DISK im Gefängnis zu besuchen.

Der EGB betrachtet diese Weigerung, der Delegation Kontakt mit inhaftierten DISK-Mitgliedern zu ermöglichen, als Eingeständnis, daß die Informationen über unmenschliche Behandlung von Gefangenen völlig wahr sind.

In Anbetracht dieser Situation hat der EGB auf die Entsendung einer Delegation verzichtet. Dieser Verzicht darf jedoch nicht so interpretiert werden, daß der EGB seine türkischen Kollegen im Stich lasse oder daß er gegenüber diesen Fakten resigniere. Er meint vielmehr, daß die Militärdiktatur in der Türkei mit allen Mitteln verurteilt und bekämpft werden muß. Der EGB-Vorstand wird auf seiner nächsten Sitzung am 12. und 13. Februar 1981 nach neuen Mitteln und Maßnahmen suchen, mit denen ein Höchstmaß an Druck auf die Militärjunta ausgeübt werden kann, um Demokratie und Freiheit in der Türkei sofort und vollständig wiederherzustellen."

Tatsächlich hat der EGB-Vorstand auf seiner Sitzung am 12. und 13. Februar 1981 beschlossen, dem Europarat einen Ausschluß des türkischen Regimes aus dieser Organisation zu empfehlen; die Europäische Gemeinschaft wurde aufgefordert, alle Beziehungen zwischen der EG und der Türkei wegen der anti-demokratischen Praktiken der Militärjunta einzufrieren.

Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) Jan Kulakowski machte auf seiner Pressekonferenz am 11. Februar 1981 in Brüssel folgende Ausführungen:

"Der Weltgewerkschaftsbund (WGB) tritt für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und der Völker in der ganzen Welt ein. Der WGB unterstützt den Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in der Türkei, deren Recht auf Streik und Tarifautonomie abgeschafft wurden, deren autonome Organisationen verboten wurden.

Aus diesem Grunde haben wir an den türkischen Premierminister geschrieben und ihn über unsere Entscheidung, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, informiert.

Der Erste Botschaftsrat der türkischen Botschaft in Belgien Orhan Kulin informierte uns sodann in Antwort auf unseren Brief an den Premierminister und unser Telex vom 21. Januar telefonisch, daß seine Regierung ihn beauftragt habe, uns mitzuteilen, daß nicht gegen den Besuch einer WGB-Delegation in die Türkei einzuwenden sei. Da wir mit dieser Antwort nicht zufriedengestellt waren, schrieben wir einen zweiten Brief an den türkischen Premierminister, in dem wir noch einmal darauf bestanden, unserer Delegation die Möglichkeit eines Besuchs der inhaftierten DISK-Mitglieder einzuräumen. Bis auf den heutigen Tag haben wir noch keine Antwort auf diesen Brief erhalten, und wir haben aus diesem Grunde entschieden, die Delegation nicht zu entsenden.

Die Militärs haben die Macht übernommen, um 'Anarchie und Terror zu beenden' und 'die Demokratie zu retten'. Es ist richtig, daß es vor dem 12. September 1981 weitverbreiteten Terror in der Türkei gab; allerdings hatten die DISK und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften nicht das Geringste mit diesem Terror zu tun. Im Gegenteil, Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter gehörten zu den Opfern dieses Terrors. Die DISK und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften waren nicht gegen die Demokratie, im Gegenteil, sie gehörten zu den führenden Verteidigern der Demokratie.

Die DISK und ihre Mitglieder habendem Terrorismus und der Repression einen hohen Tribut gezahlt. Rechtlich ist diese Organisation seit 1980 vom Verbot bedroht, weil sie das Recht der Arbeiter auf Streik verteidigte, für Demokratie eintrat, und weil die Arbeiter mehr und mehr Vertrauen in diese Organisation gesetzt hatte.

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Staatsstreich in der Türkei das Resultat eines geplanten Destabilisationsprozesses gewesen ist, der stattfand, um eine diktatorische und noch repressivere Politik rechtfertigen zu können. Aus diesem Grunde wurde die faschistische Partei der Nationalen Bewegung und die in ihr arbeitenden Terroristen geduldet. Auf den Terror dieser Gruppe antworteten individuelle Terroristen, abenteuerliche Gruppen, die sich selbst "linksgerichtet" nannten. Die Massen reagierten auf diesen Terror und Gegenterror natürlich ablehnend. Dann folgte der Staatsstreich.

Es ist richtig, daß der Terror heute in der Türkei nicht mehr regiert; die Demokratie aber auch nicht!!

- Die türkische Verfassung und die Menschenrechte sind außer Kraft gesetzt.
- Das Parlament ist aufgelöst.
- Allen Parteien ist die politische Betätigung untersagt.
- Die DISK und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften, die einzige wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen, sind verboten.
- Das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen sind verboten.
- Folter und Unterdrückung stehen an der Tagesordnung.
- Die Presse und andere öffentliche Medien werden zensiert.
- Gewerkschaftsführer, politische Aktivisten und Arbeiter befinden sich in Gefängnissen.

Jetzt können die internationalen Finanzorganisationen und die Multis über die Türkei frei verfügen. Die Löhne können entsprechend der Vorstellung des Internationalen Währungsfonds eingefroren werden, die Arbeitslosigkeit wird mit rückgängigen Investitionen zunehmen, und auch die Inflation wird weiter steigen, da die Produktionskosten wegen der Abwertung der türkischen Währung steigen.

Politische Forderungen auch mit militärstrategischem Hintergrund können auf diesem Hintergrund leichter durchgesetzt werden.

Die Aussichten für die Zukunft sind trübe. Die Militärjunta erklärte, daß gegen Ende dieses Jahres eine 'Verfassungsgebende Versammlung' eingesetzt werde. Dies wird jedoch keine autonome Versammlung sein, sondern lediglich eine Art Komitee, welches bestimmten Gesetzesvorlagen zustimmen kann; die Autorität des Nationalen Sicherheitsrates bleibt davon unberührt. Das heißt nichts anderes, als die Demokratie zur Farce zu machen.

Es sieht nicht so aus, als ob die Regierung bereit wäre, die Vorwürfe bezüglich Menschenrechtsverletzung und Folterungen ersthaft zu prüfen. Seit etwa vier Monaten befinden sich Funktionäre und einfache Mitglieder der DISK in Militärgefängnissen und uns ist bisher noch nicht einmal die Kontaktaufnahme durch Rechtsanwälte mit ihnen genehmigt worden. Erst im Verlauf der kürzlich stattgefundenen Verhandlungen erfuhren wir über die an ihnen verübten Folterpraktiken. Das bedeutet, daß die von den Angeklagten unter solchen Umständen erwirkten Aussagen keine rechtliche Bedeutung haben können und werden.

Es ist der dringende Wunsch des WGB, daß die Türkei zu einer echten Demokratie zurückkehrt. Wir glauben, daß die Türkei ein Mitglied des Europarats bleiben soll und daß sich die Situation noch verschlechtern würde, wenn die Türkei im Europarat nicht mehr vertreten ist. Die Türkei kann jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht länger ein Mitglied des Europarats sein.

Es ist die Pflicht ganz besonders der internationalen Gewerkschaftsbewegung, alles daran zu setzen, daß die Demokratie in der Türkei so schnell wie möglich wiederhergestellt wird."

ERSTER EUROPÄISCHER KONGRESS DER UNION FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

BRÜSSEL (ITA) - Der erste europäische Kongress der Union für Demokratie in der Türkei, die sich innerhalb von acht Monaten in sieben europäischen Ländern und in Australien gebildet hat, wurde am 14. Februar 1981 in Brüssel abgehalten.

Die Union für Demokratie in der Türkei wurde ursprünglich von türkischen Sozialisten gegründet, die im Ausland leben; ihr Ziel ist der Kampf für die Errichtung einer wirklichen Demokratie in der Türkei.

Die TIP-Vorsitzende Behice Boran nahm an diesem Kongress als Ehrengast teil und gab in ihrer Rede eine gründliche Analyse der gegenwärtigen politischen Situation in der Türkei.

Der Kongress beschloß die Statuten der Union, nahm vier Resolutionen zum Kampf für Demokratie und Frieden an, wählte einen fünfköpfigen Vorstand und beschloß, seinen Hauptsitz in Brüssel einzurichten.

SOLIDARITÄT MIT DEN DEMOKRATEN DER TÜRKEI

Die demokratischen Kräfte in der BRD versäumten es nicht, gegen den faschistischen Militärputsch, der am 12. September 1980 durch die fünf Generäle der türkischen Armee in der Türkei verwirklicht wurde, ihre Solidarität mit den Demokraten in der Türkei zu bekunden. Zu diesem Zweck riefen Herr Michael Höhn (Pfarrer), Herr Karl-Heinz Stommel (Betriebsratvorsitzender), Herr Peter Heinrich (Betriebsrat), Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort und Herr Klaus Thüsing (Parlamentarier-SPD) eine Initiative unter dem Namen "Solidarität mit den Demokraten der Türkei" ins Leben. Bei einer Pressekonferenz am 12. November 1980 gab die Initiative ihre Gründung und ihre Ziele bekannt und rief die demokratischen Kräfte aus der Türkei in der BRD zur Unterstützung und Zusammenarbeit auf. Aus diesem Grund kamen am 30. November 1980 die Vertreter folgender demokratischer Organisationen aus der Türkei in Duisburg mit einem Vertreter der Initiative zusammen: FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD), DIB-FAK (Komitee der Einheit für Demokratie in der Türkei-BRD), Solidaritätskomitee für die Zeitung Gercek, KKDK (Demokratische Arbeitervereine Kurdistans in der BRD), KOMKAR (Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD) und Küer

Halkevleri (Kurdische Volkshäuser). In dieser ersten Sitzung gab der Vertreter der KOMKAR bekannt, daß seine Organisation die Initiative nicht unterstützen wird. Die Vertreter von DIB-FAK, KKDK und Gercek brachten ihre Bedenken über die Neutralität der Initiative gegenüber den einzelnen Organisationen zur Sprache, sagten aber unter der Bedingung, daß die Initiative die Eigenständigkeit ihrer Organisationen und ihre die Junta als faschistisch bewertende Meinung achtet, ihre Unterstützung zu.

Am 10. Januar 1981 organisierte die Initiative eine Versammlung in Bonn, an der die Initiatoren, Ismail Kahraman (Träger des Bundesverdienstkreuzes) und die die Initiative unterstützenden demokratischen Organisationen aus der Türkei in der BRD teilnahmen. In dieser Versammlung wurde über die Themen "die politische Lage in der Türkei nach dem Militärputsch" und "die Lage der Gewerkschaften in der Türkei" diskutiert.

Am 31. Januar 1981 organisierte die Initiative eine Demonstration "der Solidarität mit den Demokraten der Türkei" in Köln - Ebertplatz. An dieser Demonstration, die ohne Zwischenfälle verlief, nahmen bis 6000 in- und ausländische Demokraten teil. Bei der Kundgebung, die im Anschluß der Demonstration auf dem Ebertplatz stattfand, sprachen der Bezirksvertreter der DISK des 7. Bezirks, Aydin Yesilyurt, Pfarrer Michael Höhn, der verantwortliche Herausgeber der Zeitung Politika, Aydin Engin und der Gewerkschaftler Melih Bekler. Im Anschluß fand ein kurzes Kulturprogramm mit der bekannten Sängerin und Filmschauspielerin des Filmes "Die Herde", Milike Demirag statt.

Am 17. Februar 1981 trafen die Vertreter der die Initiative unterstützenden Organisationen in Duisburg zusammen, um die Demonstration und die bisherige Zusammenarbeit auszuwerten. Im Anschluß gaben die anderen drei Organisationen außer FIDEF bekannt, daß sie beschlossen haben, ihre Beziehungen zu der Initiative - für eine nicht näher genannte Zeit - auf Eis zu legen.

Unten veröffentlichen wir den gemeinsamen Brief der Vertreter dieser drei Organisationen an die Initiatoren.

An die Initiatoren der
INITIATIVE SOLIDARITÄT
mit den Demokraten der
Türkei

Herr Peter Heinrich, Betriebsrat - Herten
Herr Michael Höhn, Pfarrer - Gummersbach
Herr Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen
Herr Karl-Heinz Stommel, Betriebsratvorsitzender - Duisburg
Herr Klaus Thüsing, M.d.B. - Bonn

Liebe Freunde,

leider müssen wir als Vertreter der Organisationen Gercek, KKDK und DIB-FAK Ihnen mitteilen, daß wir im Anschluß einer gemeinsamen Auswertung der Demonstration in Köln und der bisherigen Zusammenarbeit mit der Initiative beschlossen haben, unseren bisherigen Beschluß, die Initiative zu unterstützen, auf Eis zu legen.

In dieser Zeit, in der die demokratischen Kräfte der Türkei ihre Einigung und Einheit mehr denn je brauchen, ist die Bedeutung der Solidität solcher nach vorne gerichteter Zusammenarbeit - und Solidaritätsaktionen gestiegen. Aus diesem Grunde sollte dieser Beschluß als ein Versuch, um die Gründung einer

soliden, realistischen und bleibenden Aktionseinheit und Solidarität der demokratischen Kräfte der Türkei und der Bundesrepublik, um den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und Gleichheit zu ermöglichen, aufgefaßt werden.

Aus den folgenden Gründen sahen wir uns gezwungen diesen Beschluß zu fassen:

- Die Aktionen der Initiative entwickelten sich immer mehr zur Solidarität mit einer bestimmten politischen Linie, anstatt mit allen demokratischen Kräften der Türkei;
- eine gerechte Verteilung der ökonomischen Mittel für die gemeinsamen Aktionen wurde nicht geleistet;
- die die Aktionen der Initiative unterstützenden Organisationen und ihre Mitglieder wurden nicht gleich behandelt;
- der Mißbrauch der Demonstration in Köln durch eine bestimmte politische Linie wurde stillschweigend hingenommen und geduldet.

Von Anfang an hat es uns gestört, daß wir als die Initiative unterstützenden Organisationen keinen direkten Kontakt zu den Initiatoren aufnehmen konnten. Dass unser Freund, der im Namen der Initiatoren das Wort führte, das politische Spektrum der Türkei nicht genügend kannte, in den gemeinsamen Punkten eine vereinigende Rolle nicht spielen konnte und bei der Demonstration in Köln, die die Solidarität mit allen Demokraten in der Türkei als Ziel hatte, eine bestimmte politische Linie unterstützt wurde, sind weitere Gründe für unseren Beschluß.

Gerade zu dieser Zeit, in der die demokratischen Kräfte in der Türkei jede Unterstützung dringend brauchen, können wir uns damit nicht einverstanden erklären, daß eine Aktion, deren Verantwortung und Unterstützung wir mitübernommen haben, für die politischen Interessen einer bestimmten Gruppe ausgenutzt und zu einer Solidaritätsaktion mit nur einer bestimmten politischen Linie - anstatt mit allen demokratischen Kräften in der Türkei - reduziert wird.

Die Herausgabe einer Erklärung seitens der Initiatoren, in der Sie diese negativen Umstände, die gegen ihren Willen und Wissen passiert sind, verurteilen und die Gründung eines Exekutivkomitees, das aus den Vertretern der Initiative und der Unterstützenden Organisationen gebildet wird und in der die Aktionen gemeinsam diskutiert und beschlossen werden, wären unserer Meinung nach gute Vorschläge für die Aufrechterhaltung einer soliden und bleibenden Zusammenarbeit.

Im Falle der Verwirklichung unserer o.g. Wünsche bitten wir Sie in Kenntnis zu nehmen, daß wir mit Freude die Initiative weiter aktiv unterstützen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gerçek, KKDK, DIB-FAK

Das heutige politische Spektrum und die Arbeiterklassenbewegung in der Türkei wird außerhalb der Türkei entweder überhaupt nicht gekannt, oder nicht richtig beurteilt. Die verschiedensten politischen Kreise im Ausland beurteilen die politischen Kräfte und das politische Spektrum in der Türkei nach Informationen, die sie aus Informationsquellen bekommen und, die natürlich die Interessen dieser Informationsquelle widerspiegeln.

Wir glauben, daß es nützlich wäre, an dieser Stelle eine kurze und sehr schematische Darstellung der Arbeiterklassenbewegung in der Türkei zu machen. Die Arbeiterklassenbewegung in der Türkei, die eine lange Vergangenheit besitzt, befolgte immer die politische Linie der dritten Internationale, welche auch heute die herrschende Haltung ist. Von einer Teilung der Arbeiterklassenbewegung in der Türkei, z.B. wie in Europa, kann man nicht sprechen. Man kann nicht behaupten, daß es in der Türkei eine organisierte trotzkistische Strömung, Eurokommunismus gibt. Auch die als sozialdemokratisch bekannte Strömung ist keine Deviation der Arbeiterklassenbewegung.

Die Arbeiterklassenbewegung der Türkei, die eine lange Vergangenheit besitzt, verschwand im Anschluß der 3 bis 4jährigen Verhaftungsfälle 1950 von der politischen Szene der Türkei. 1964 bis 65 strömten die bis dahin nicht organisierten wissenschaftlichen Sozialisten in die neu gegründete Arbeiterpartei der Türkei TIP. Somit wurde die Arbeiterpartei der Türkei TIP, die politische Organisation der Arbeiterklassenbewegung der Türkei und wurde von der internationalen Arbeiterklassenbewegung begrüßt. Die politische Linie der Arbeiterpartei der Türkei TIP ist die im Lande herrschende, seit jeher anhaltende, oben genannte politische Linie.

Die eigentlich nicht geteilte Arbeiterklassenbewegung in der Türkei ist aber in Gruppen gespalten. Wenn aber die politischen Organisationen des Auslands, die Partei einer dieser Gruppen ergreift und den anderen Gruppen entgegentritt, wird - auch wenn dies nicht erwünscht ist - eine Haltung sein, die die Teilung dieser Gruppen heraufbeschwört. Diese Tatsache hat auch für die politischen Bewegungen innerhalb der Arbeiterklassenbewegung in der Türkei ihre Gültigkeit. Auch irgendwelche Aktionen einer dieser Gruppen, um eine Andere "auszuradieren", zu isolieren oder ihren Deckmantel zu lüften, würden die gleiche Haltung zutage bringen.

UNTERREDUNG ZWISCHEN DEM VORSITZENDEN DER GEW UND DEM GENERALVORSITZENDEN DES TÖB-DER:

Der Generalvorsitzende des TÖB-DER (Tüm Egitim-Öretim emekçileri Birlesme ve Dayanisma Dernigi = Gesamtverband der Erzieher und Lehrenden für Solidarität und Einheit), Gültekin Gazioglu, der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhält und der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, trafen am 24. Februar 1981 zusammen. Während dieser Unterredung sprachen die beiden Gewerkschaftler über die Lage der Lehrer und über die Erziehungspolitik in der Türkei, und Gültekin Gazioglu schilderte seinem Kollegen insbesondere die Unterdrückungen, die auf die Lehrer und ihre Organisation ausgeübt werden.

Der TÖB-DER, der sowohl in der Türkei als auch im Mittleren Osten die größte Massenorganisation der Lehrer war, zählte 200 000 Mitglieder. Nachdem 1971 die Lehrgewerkschaft TÖS geschlossen und den Lehrern das Recht auf die Gründung einer Gewerkschaft abgesprochen wurde, wurde TÖB-DER in dem gleichen Jahr gegründet. Der Dachverband von 670 Vereinen TÖB-DER war auch Mitglied der Weltlehrer-Gewerkschaften-Föderation (FISE).

In den letzten Jahren wurden auf die Zentrale des TÖB-DER dreimal Bombenanschläge verübt und zweimal die Aktivitäten durch reaktionäre Regierungen gestoppt, worauf das Rechtsbüro des TÖB-DER in den Jahren 1975 - 1978 mit über 10 000 Anklagen gegen die Regierung reagierte. Von 1977 - 1980 wurden über 200 Lehrer ermordet und Tausende verletzt, die Mitglieder des TÖB-DER waren. 1979 wurden 11 000 Lehrer einstweilig in den Ruhestand versetzt, 5000 verhaftet, 12 000 strafversetzt und schließlich 2 000 vom Dienst suspendiert.

Mit dem faschistischen Putsch vom 12. September 1980 wurden dem TÖB-DER jegliche Aktivitäten verboten und alles was sich im Besitz des TÖB-DER befand, wurde beschlagnahmt. Der größte Teil der Funktionäre wurde verhaftet und in das unseren Lesern schon bekannte Militärgefängnis Mamak depotiert, wo sie heute noch gefangengehalten werden. (s. Bulletin d. Nr. 25/26) Gegen sie erhebt die militärische Staatsanwaltschaft Haftstrafen bis zu 20 Jahren.

Der Generalvorsitzende des TÖB-DER, Gültekin Gazioglu, wurde 1939 in Trabzon an der Schwarzenmeerküste geboren. Gazioglu, der in seiner 24jährigen Berufslaufbahn als Volksschul-, Mittelschul-, und Lyzeumsdirektor tätig war, ist verheiratet und Vater von 3 Kindern. Dem Generalvorsitzenden des TÖB-DER, der nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ins Ausland ging, wurde von der Junta seine türkische Staatsangehörigkeit abgesprochen. Seine gesamte Familie befindet sich noch in der Türkei.

Zum Schluß ihrer Unterredung beschlossen der Generalvorsitzende des TÖB-DER und der Vorsitzende der GEW am 31. März 1981 in Bonn eine Pressekonferenz einzuberufen und zusammen den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zu besuchen. Der Vorstand der GEW plant als Organisation ihre in der Türkei verhafteten und unter schweren Bedingungen lebenden Gewerkschaftskollegen solidarisch zu unterstützen.

Zu den Folterungen in der Türkei ... Zu den Folterungen in der Türkei ...

Die faschistische Militärjunta gibt an, daß in den Gefängnissen der Türkei nicht gefoltert wird und versucht an den wenigen der bekanntgewordenen Folterfälle durch Heranziehung der Verantwortlichen ein Exempel dafür zu statuieren, daß das Militär gegen Folterungen ist.

Nun muß man aber fragen, wie es vor dem 12. September 1980 war: Damals wurden doch viel mehr Folterungen bekannt, und besonders aus den Großstädten kamen die meisten Meldungen. Das sind Städte, in denen lange Zeit vor dem 12. September 1980 das Kriegsrecht herrschte - insgesamt 19 und in 13 davon seit 1978 - wo also die Militärs alle Machtpositionen inne hatten. Wenn sie gegen Folterungen sind; warum haben sie diese schon damals nicht unterbunden ?

Eine merkwürdige, wie wichtige Tatsache ist auch, daß Foltervorwürfe, auch während des Militärregimes von 1971 bis 1973, sehr laut wurden, dann abnahmen, um mit der Verhängung des Kriegsrechts über die ersten 13 Städte im Dezember 1978 wieder aufzutreten ... (s. auch Bulletin D. 24/D.20/D.19/D.18)

Unten veröffentlichen wir eine Presseerklärung der Sektion Frankreich von AMNESTY INTERNATIONAL über den systematischen Charakter der Folterungen in der Türkei.

Paris, 9. Juni 1980
zur sofortigen Ver-
teilung

P r e s s e k o m m u n i q u é

AMNESTY INTERNATIONAL BESTÄTIGT, DASS DIE FOLTERUNGEN IN DER TÜRKEI SYSTEMATISCHEN CHARAKTER HABEN.

Amnesty International zeigt heute, am Donnerstag, den 9. Juni 1980, an, daß in der Türkei von der Folterung systematisch und in massiver Weise Gebrauch gemacht wird.

Eine Kommission von Amnesty International, die sich vom 19. bis zum 30. Mai diesen Jahres in die Türkei begeben hat, hat Kontakt mit früheren Gefangenen aufnehmen können, von denen mehrere gefoltert worden waren. Zudem hat Amnesty International sich mit Ärzten, Mitgliedern politischer Parteien, von Syndikanten und mit Journalisten unterhalten können.

Amnesty International ist von der Tatsache informiert worden, daß infolge der Festnahme durch die Polizei und durch die von der Anwendung des Kriegsrechts beauftragten Verantwortlichen die Häftlinge Folterungen erlitten haben, die in bestimmten Fällen den Tod zur Folge hatten.

Die gebräuchlichen Folterungsmethoden sind grundsätzlich Elektroschocks, "falaka" (Schläge auf die Fußsohlen) und körperliche Grausamkeiten einschließlich auf die Geschlechtsorgane.

Bestimmte Gefangene, Männer und Frauen, wurden mit Hilfe von Gummiknütteln und anderen Gegenständen verletzt. In vielen Fällen erlaubt keinerlei Beweis, zu behaupten, daß die Gefolterten in Gewalthandlungen, die mehr als 3000 Tote in den letzten zwei Jahren in der Türkei gefordert haben, verstrickt gewesen wären.

Die Delegierten von Amnesty International sind unter anderen von den folgenden Fällen informiert worden:

Eine 17jährige Lyzeumsschülerin hat ihnen erzählt, daß sie am 29. April mit 15 anderen Schülern von Soldaten von ihrem Lyzeum weggeholt wurde, nachdem eine Waffe in den Räumen der Schule gefunden worden war. Im Hauptquartier der Polizei in Ankara wurde sie zwei Tage lang verhört und gefoltert. Man hat sie an ein Holzkreuz befestigt, das an der Wand befestigt war, und sie hat Elektroschocks an den Daumen, dem Kopf, dem Bauch, den Geschlechtsorganen, den Lippen und den Füßen erhalten. Während der 8 Tage Haft im Hauptquartier der Polizei hat sie verschiedene Gefangene weinen und schreien gehört. Am Ende einer Woche hat man sie in das Militärgefängnis von Mamak überführt. Gefangene Männer erlitten Schläge auf die Fußsohlen und mußten barfuß über Gläser gehen. Am 17. Mai hat ein Militärgericht sie freigesprochen und sie wurde freigelassen.

Dilek Yurdagel, Studentin an der Universität Istanbul, wurde am 1. Mai festgenommen aufgrund einer Nachforschung durch Gardarmen in einem Auto, weil sie im Besitz einer verbotenen extrem linken Zeitung und von Flugblättern war. Sie wurde ins Stadion Inonü mitgenommen und in einer Garderobe festgehalten. Während ihres Verhörs wurde sie krumm und lahm geschlagen, erlitt Schläge auf die Fußsohlen und Elektroschocks. Am 4. Mai wurde sie verlegt, um den Ablauf eines Fußballspiels zu ermöglichen, und am 5. Mai wurde sie in das Hauptquartier der Polizei von Gayreteppe überführt, wo sie von neuem mit Elektroschocks während ihres Verhörs gefoltert wurde. Am 8. Mai wurde sie in das Militärquartier von Selimiye überführt, und am 10. Mai ordnete der Militärrichter ihre Freilassung an.

Nach einem Artikel des "Demokrat" wurde eine junge Frau, Gülseren Kayin, am 1. Mai festgenommen, weil sie also gegen das Verbot von Kundgebungen zum Fest der Arbeit protestierte. Zum Polizeiposten in Ankara mitgenommen, wurde sie so schwer gefoltert, daß sie am 3. Mai in das Krankenhaus Hacettepe gebracht werden mußte, wo sie einem chirurgisch gynäkologischem Eingriff unterlag. Die Ärzte haben versichert, daß ihr Zustand aus den erlittenen Folterungen resultierte. Es scheint, daß sie immer noch im Krankenhaus liegt.

Nach einer Unterhaltung mit Yasar Okuyan, Generalsekretär der Partei der Nationalen Bewegung (MHP), haben die Delegierten von Amnesty International Informationen erhalten über Folterungen, die Mitglieder und Sympathisanten dieser Partei unter der vorangegangenen Verwaltung erlitten haben. Im Juli 1978 sei der Student Mehmet Mollaoglu von der Polizei in Eceabat drei Tage und drei Nächte lang gefoltert worden, dann freigelassen. Er hat sich zwei Tage später das Leben genommen.*

Isa'a Aramagan wurde am 24. August 1978 ebenfalls im Hauptquartier der Polizei in Ankara gefoltert. Die Polizei habe auch seine Eltern und seine Frau gefoltert und diese bedroht, sie zu vergewaltigen, als sie sich zu sprechen weigerte.

Im übrigen hat Amnesty International in wenigstens drei Fällen Kenntnis erworben vom Tod durch Folterung.

Am 21. April haben die türkischen Zeitungen CUMHURIYET und DEMOKRAT das Hinscheiden des Syndikalisten Yasar Gundogdu nach seiner Festnahme ins Hauptquartier der Polizei in Ankara berichtet. Die Ärzte haben erklärt, daß sein Tod durch eine Verletzung der Hirnschale infolge von Folterungen eingetreten sei.

Osman Mehmet Onsoy ist am 5. Mai verhaftet worden und ins Hauptquartier der Polizei in Gayreteppe in Istanbul gebracht worden. Er ist danach in bewußtlosem Zustand ins Militärkrankenhaus von Haydarpasa überführt worden, wo er am 22. Mai gestorben ist.

Oruc Korkmaz, am 9. Januar in Kars festgenommen, ist tot im Gefängnis gefunden worden. Seine Mutter behauptet, daß er unter der Folter gestorben ist und fordert die Eröffnung einer Untersuchung.

Amnesty International hat häufig Premierminister Suleyman Demirel so wie seinen Vorgänger Bülent Ecevit aktuelle Berichte vorgelegt über den Stand der in der Türkei praktizierten Folterungen.

Im Dezember 1978 ist in der Türkei das Militärrecht öffentlich bekanntgegeben worden, nach mehreren politischen Morden durch links- und rechts extreme Gruppen und ist heute in 21 von 67 Provinzen der Türkei gültig.

Die Zeitung CUMHURIYET hat bekanntgegeben, daß in 4 Monaten (von Dezember 1979 bis Anfang April 1980) 46.796 Personen aus politischen Gründen verhaftet wurden. Die Kommission von Amnesty International hat festgestellt, daß die Mehrzahl dieser Verhaftungen willkürlich waren und keinen Grund zur folgenden Verfolgung haben.

Nach dem Kriegsrecht kann eine Person bis zu 14 Tagen verhaftet werden, bevor sie einem Militärtribunal vorgeführt wird, aber sie muß sofort über den Hauptanklagepunkt informiert werden. Die Familie muß am selben Tag der Verhaftung informiert werden. In den meisten Fällen wurden diese Garantien nicht respektiert.

Ein regelmäßiger Informationsdienst über politische, gewerkschaftliche und soziale Entwicklungen in der Türkei;

ABONNIEREN SIE INFO-TÜRK BULLETIN

INFO - TÜRK BULLETIN ist ein Herausgeber- und Vertriebs-Kollektiv in mehreren europäischen Ländern. Seit fünf Jahren gibt es INFO-TÜRK BULLETIN in fünf Sprachen (Englisch, Französisch, Flämisch, Deutsch und Türkisch).

Postfach 10 06 30
D-4220 Dinslaken 1

**EIN JAHRESABONNEMENT DER AUSGABE
IN DEUTSCHER SPRACHE KOSTET DM 45.-**

Bitte machen Sie ihre Bestellung durch Einzahlung des entsprechenden Betrages auf folgendes Konto;

110 / 3258 bei der Deutschen Bank
Dinslaken (BLZ. 350 700 30)

oder senden Sie uns einen Scheck über diesen Betrag zusammen mit einer Karte oder mit einem Brief, in dem Sie uns mitteilen, daß Sie Ihr Abonnement aufnehmen wollen.